

„Nicht mehr im Rahmen“

Weil sich bei vielen Münchnern die Grundsteuer vervielfacht hat, übt Haus & Grund scharfe Kritik an der Stadt – was die Kämmerei sagt

MÜNCHEN Christian Lauer konnte es nicht glauben, als er kürzlich seinen Grundsteuerbescheid erhielt: Der Lochhäuser muss künftig statt 500 mehr als 1000 Euro im Jahr bezahlen. „Ich bin aus allen Wolken gefallen. Zwar habe ich geahnt, dass es nicht billiger wird, aber dass meine Grundsteuer jetzt mehr als das Doppelte beträgt, ist schon heftig.“ Für ihn ist das schwer zu akzeptieren. „Es muss doch irgendwie im Rahmen bleiben. Wären es 30 Prozent mehr, wäre es etwas Anderes“, sagt er.

Lauer ist kein Einzelfall: Eine Obermenzingerin berichtet von mehr als einer Verdreifachung, ein weiterer Lochhäuser sogar von einer Verfünffachung. Auch der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins München, Rudolf Stürzer (kl. Foto), sagt: „Bei uns steht das Telefon nicht mehr still. Bei vielen hat sich die Grundsteuer drastisch erhöht.“ Er kritisiert, dass die Stadt „gut zugelangt“ habe. Das Landesamt für Finanzen habe eine Empfehlung herausgegeben, wie hoch die Kommunen den Hebesatz ansetzen müssten, um nicht weniger Einnahmen als bisher zu haben. Für München sei diese bei 760 bis 770 Prozent gelegen. Die Stadt habe aber 824 Prozent festgesetzt. Dadurch komme die Stadt zu 23,8 Millionen Euro an Mehreinnahmen. Stürzer ärgert zudem, dass die Berechnung des Landesamts – anders als in anderen Bundesländern – für die Bürger nicht einsehbar sei. „In Zeiten einer zunehmenden Politikverdrossenheit erweist man sich mit einer solchen Geheimnis-Krämerie einen Bärendienst.“

Der Sprecher der Stadtkämmerei, Tobias Werner, widerspricht den Vorwürfen. Die Stadt sei aufgrund eigener Berechnungen anhand von aktuelleren Daten auf einen höheren Hebesatz gekommen. Zudem habe man einen „moderaten Risikoauflschlag“ eingerechnet. „Aktuell deuten unsere Zahlen auch darauf hin, dass



Christian Lauer muss für das Mehrfamilienhaus in Lochhausen, das er sich mit seinen Eltern teilt, künftig die doppelte Grundsteuer bezahlen. Fotos: andy; dpa

der Risikopuffer aufgebraucht wird. Wir gehen also weiterhin davon aus, aufkommensneutral zu bleiben“, sagt er.

Werner räumt ein, dass es bei der neuen Grundsteuer „Ausreißer nach oben“ gebe. Aber 60 Prozent der Münchner zahlten weniger. Von denjenigen, die einen höheren Betrag aufbringen müssten, welche bei etwas mehr als einem Viertel (27 Prozent) der Wert um mehr als 200 Euro von der bisherigen Grundsteuer ab. Bei vielen sei der Grund dafür, dass die Veranlagung des Bodenwerts schon lange zurückliege und sie bisher einen verhältnismäßig geringen Betrag hätten aufbringen müssen. „Dass diese Steuerpflichtigen vergleichsweise wenig bezahlt haben, war aber genau die Ungleichbehandlung, die das Bundesverfassungsgericht beanstandet hat.“ Folge sei die Neuberechnung gewesen.

Wer dennoch Zweifel habe, könne sich bei der Hotline der Stadt unter Telefon

23 39 64 27 melden. Bisher seien dort schon mehr als 10.000 Anrufe eingegangen.

Genau das hat Lauer nun vor, denn: „Was mir noch sauer aufstößt, ist, dass der Bescheid intransparent ist. Es wäre schön, wenn alles genauer aufgeschlüsselt wäre.“ Außerdem will er Widerspruch einlegen. Doch die Chancen auf einen Erfolg stünden schlecht, meint Stürzer. Sollten die Eigentümer nicht gegen den Grundlagenbescheid des Finanzamtes, der vor geraumer Zeit zugestellt wurde, Einspruch eingelegt haben, gelte der Bescheid der Stadt. Doch auch ein Einspruch gegen den Bescheid des Finanzamts sei nur dann aussichtsreich, wenn er offensichtliche Fehler enthalte. „Man kann nicht Einspruch einlegen, weil es einem zu teuer ist“, erklärt Stürzer. Bei dramatischen Steigerungen könne man aber einen Antrag auf Ermäßigung oder Erlass stellen.

A. Schwarzbauer

